Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere

Bern, 19. November 2015 **Es gilt das gesprochene Wort**

Medienkonferenz zur Studie
«Nutzen der Zuwanderung für die Schweizer Städte und die Schweiz»
19. November 2015, Bern

Corine Mauch, Stadtpräsidentin von Zürich, Vizepräsidentin Schweiz. Städteverband

Sehr geehrte Medienschaffende, sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zu dieser Medienkonferenz hier in den Räumen des Schweizerischen Städteverbandes.

Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 bereitet den Städten grosse Sorgen! In den Mitgliedsstädten des Schweizerischen Städteverbandes wurde die Volksinitiative „gegen die Masseneinwanderung“ mit insgesamt mit 56,8 Prozent verworfen. Noch deutlicher fiel das Nein in den grossen Kernstädten aus – dort betrug die Ablehnung 62,8 Prozent. Von den zehn grössten Städten stimmte einzig Lugano der Initiative zu, wobei hier die besonderen Bedingungen im Tessin zu berücksichtigen sind.

Seit jeher leben Städte mit der Migration. Der Austausch mit dem nahen und fernen Nachbarn ist für uns essenziell – wenn nicht sogar existenziell. Arbeitskräfte aus dem Ausland – hochqualifizierte aber auch weniger Qualifizierte – tragen nachhaltig zu unserer wirtschaftlichen Entwicklung bei. Kultur und Wissenschaft, die vornehmlich in den Städten beheimatet sind, sind ohne einen intensiven internationalen Austausch nicht denkbar. Wir sind uns in den Städten der Herausforderungen, die mit der Zuwanderung einhergehen, sehr bewusst. Aber wir haben mit breit gefächerten integrationspolitischen Massnahmen in allen relevanten Gesellschaftsbereichen die richtigen Instrumente, um diesen zu begegnen, um die Chancen zu nutzen und ein gutes Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugezogenen zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren

Eine knappe Mehrheit der Stimmbevölkerung stimmte am 9. Februar 2014 einer Volksinitiative zu, die die Zuwanderung in die Schweiz begrenzen will. Dieser Entscheid ist zu respektieren, auch wenn die Umsetzung vertrackt ist. Aus unserer Sicht drückt dieser Entscheid Ängste und Vorbehalte gegenüber der Zuwanderung aus, die in diesem Ausmass nicht gerechtfertigt sind. Wir meinen, dass der Nutzen der Zuwanderung in der derzeitigen Diskussion zu wenig beachtet wird. Deshalb haben wir – die zehn grössten Städte der Schweiz – eine Studie in Auftrag gegeben, die den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen der Zuwanderung der letzten Jahre insbesondere für die grossen Städte aufzeigen soll.

Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon +41 31 356 32 32
info@staedteverband.ch, www.staedteverband.ch

Diese Studie, mit der das Büro INFRAS beauftragt wurde, stellen wir Ihnen heute vor. Sie stützt sich auf die zahlreichen bereits vorhandenen Untersuchungen und ist insofern eine Synthese des derzeitigen Kenntnisstandes der Forschung. Gegenstand der Studie ist die sogenannt «neue» Zuwanderung seit der Einführung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Die Studie fokussiert auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen, blendet dabei aber die Kosten und Herausforderungen der Zuwanderung nicht aus. Wenn die Studie vom Nutzen spricht, kann man dies je nach Perspektive unterschiedlich beurteilen. In solchen Fällen versucht die Studie, beide Seiten darzustellen. Ebenfalls ist darauf hinzuweisen, dass sich die Aussagen der Studie nicht auf einzelne Städte, sondern auf die Städte und die Schweiz im Allgemeinen beziehen. In einzelnen Regionen können Nutzen und Kosten sich spezifisch anders darstellen.

Thematisch deckt die Studie ein breites Feld ab und analysiert die Wirkungen der Zuwanderung in sieben Bereichen. Es sind dies der Arbeitsmarkt, Forschung und Innovation, Wohnungsmarkt, Infrastruktur und Umwelt, Wirtschaftswachstum, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Kultur. Meine drei Kollegen aus den Städten St. Gallen, Genf und Basel werden auf diese Bereiche vertieft eingehen. Doch vorneweg möchte ich noch kurz auf die wichtigsten Merkmale der Zuwanderung im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit eingehen.

Allerdings ist mir an dieser Stelle sehr wichtig, dass wir die Zuwanderung, die Thema dieser Studie ist, vom Asylbereich unterscheiden. Der Asylbereich untersteht eigenen rechtlichen Regelungen und hat nichts mit der Zuwanderung im Rahmen der Personenfreizügigkeit zu tun. Die zunehmende Zahl von Flüchtlingen, die in Europa und der Schweiz Schutz suchen, stellt uns vor Herausforderungen – zweifellos. Aber das ist nicht das Thema der Studie, die wir heute präsentieren.

Meine Damen und Herren

Die Menschen, die in den letzten Jahren zugewandert sind, haben sich zum überwiegenden Teil in den Städten niedergelassen. Von den 580'000 Personen, die zwischen 2000 und 2010 netto in die Schweiz zugewandert sind, sind 80 Prozent in die Städte mit ihren Agglomerationsräumen gezogen. Alleine 30 Prozent der Zugewanderten haben sich in den zehn grössten Städten niedergelassen. Gemessen daran, dass in diesen zehn Städten 17 Prozent der Gesamtbevölkerung leben, ist dies deutlich überproportional. Kurz, es sind die Städte und Agglomerationen, die zum grossen Teil von der Zuwanderung betroffen sind.

Diese Zuwanderung ist weiter durch folgende Merkmale charakterisiert:

- Im Vergleich zu früheren Jahren sind es vor allem Personen aus dem EU/EFTA-Raum. Während in den 1990er Jahren die Personen aus Drittstaaten die grösste Zuwanderergruppe stellten, kommen heute drei von vier Zugewanderten aus dem EU/EFTA-Raum.
- Die zugewanderten Personen sind in der grossen Mehrheit erwerbstätig. Die Quote der Erwerbstätigkeit liegt mit 60 Prozent gar höher als bei den Schweizerinnen und Schweizern, die zu 55 Prozent erwerbstätig sind.
- Die Zugewanderten haben einen hohen Bildungsstand. Die Zugewanderten der letzten Jahre verfügen zu 57 Prozent über einen Hochschulschluss. Damit liegt die Tertiärquote nicht nur deutlich höher als in früheren Zuwanderungsphasen, sondern auch über dem Wert für die hier ansässige Bevölkerung. Bei diesen liegt der Wert bei 38 Prozent.

- Und schliesslich sind es besonders jüngere Menschen, die in den letzten Jahren gekommen sind. Die Altersgruppe der 25- bis 39-Jährigen ist besonders gut vertreten.

Nun aber vorerst genug von meiner Seite. Gerne gebe ich das Wort weiter an Thomas Scheitlin, Stadtpräsident von St. Gallen.

Abschliessendes Fazit und Eröffnung der Fragerunde

Ich danke meinen Kollegen aus St. Gallen, Genf und Basel für ihre Ausführungen. Die Studie, die wir Ihnen heute vorstellen, zeigt für mich drei Dinge:

Erstens: Der Nutzen der Zuwanderung ist vielfältig und durchaus überzeugend. Sei es auf dem Arbeitsmarkt, in der Forschung oder auch in der Kultur – die Schweiz und ihre Städte leben vom Austausch von Ideen und Menschen. Dies hat unser Land stark und erfolgreich gemacht. Und diesen Weg wollen wir weitergehen.

Zweitens: Die Zuwanderung ist auch mit Herausforderungen verbunden. Diese Herausforderungen standen nicht im Zentrum dieser Studie, sie sind uns jedoch sehr bewusst. Gleichzeitig sind wir in den Städten, wo sich diese Herausforderungen vornehmlich stellen, in der Lage, mit diesen Herausforderungen konstruktiv umzugehen. Und vor diesem Hintergrund kommen wir zum Schluss, dass der Nutzen, den diese Studie aufzeigt, die Herausforderungen der Zuwanderung überwiegt.

Drittens: Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative muss zwar dem Wunsch einer knappen Bevölkerungsmehrheit nach einer wie auch immer gearteten Beschränkung der Zuwanderung Rechnung tragen. Aber gleichzeitig wollen wir mit dieser Studie daran erinnern, welcher Schaden eine zu rigide Umsetzung anrichten würde – für uns in den Städten, aber auch für die ganze Schweiz. Mit anderen Worten: Wir fordern eine Umsetzung des neuen Artikels 121a der Bundesverfassung, welche die bilateralen Abkommen mit der EU nicht aufs Spiel setzt.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehen Ihnen nun für Fragen zur Verfügung.

Die Studie sowie alle Informationen zur Medienkonferenz können hier heruntergeladen werden:
http://staedteverband.ch/de/Info/Aktuell/Medien/Medienmitteilungen_2015/151119_Zuwanderung